

Deutsche Zeitung erworben  
bei W. W. Schmidtsche  
Druckerei und Verlag  
Nr. 120, Leipzig 120, 1926  
Eingetragen in der  
Postaufzettel-Nr. 6022

Ausgabepreis:  
50 Pf. für die 8 geprägt  
Postkarte.  
Geschäftsmittel werden  
nicht aufgenommen.

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Vorliegekontor: Nr. 858 10. Vorstädte am Hannover.

Verlag von A. Dring.  
Druck von E. W. S. Meister & Co. beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prill, Hannover.  
Redaktionsschluß: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Nikolaistr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 2002.

### Die „Volkshochschule“ der Unternehmer.

v.

Herr Dr. Engel glaubt auch den Sozialismus zu kennen, um andere Leute von dieser Kenntnis profitieren zu lassen. Es ist ganz eigenartiger Sozialismus, den er vorträgt. So behauptet er, „in Russland würde die Gleichmacherelie den Klarheit weitgehendstem Ausmaß verwirklichen“. Davon haben die Russen wohl am wenigsten gemerkt. Dann sagt unser Dozent:

Aber auch in Deutschland ging das Verfahren nach der gleichen Richtung wie schon die Lohn- und Lohnpolitik klargenug beweist.“

Un Klarheit leiden diese Ausführungen allerdings nicht. Jedenfalls sieht der Lehrer voran, daß die Schüler schon wissen, was er eigentlich sagen will.

Was Dr. Engel dann lang und breit über die Gleichmacherelie vorträgt, hat schon im vorigen Jahrhundert Eugen Richter in seinem Sozialistenspiegel erzählt und ist längst der Lächerlichkeit anheimgefallen. Ein Durcheinander von unverdauten Begriffen wird den Schülern der „Volkshochschule“ vorgelebt, daß einem wirklich Wissenden die Haare zu Berge stehen könnten. Freiheit heißt es, bedeutet Knechtschaft. Seelenruhig unterschreibt Dr. Engel die heutigen russischen Experimente dem Sozialismus. „Im sozialistischen Staat ist dem Menschen nicht mehr die Möglichkeit gegeben, durch persönliche Tüchtigkeit Fleiß und Sparsamkeit über die durch die Gemeinschaft für alle gejagte Linie hinaus. seine wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung zu verbessern. Eigentum zu erwerben und das Erworbene seinen Kindern zu vererben.“

Herr Dr. Engel scheint zu ahnen, daß er im sozialistischen Staat mit anderen Leistungen antreten müßte, um über „Linie“ hinauszuragen. Heute kann wohl jeder Bürger über die „Linie“ hinauskommen, wenn er will? Das ganze Menschen geschlecht kann dann aus lauter Tüchtigen bestehen, eine „Linie“ gibt es dann überhaupt nicht mehr.

Lieber Herr Dr. Engel! Als die „Bürgerlichen“ Ihre Revolution gemacht hatten, schufen sie sich Gesetze, wie solche in Ihrem Interesse lagen. Mit Hilfe dieser Gesetze können Sie sich angehindert auf Kosten Ihrer Mitmenschen bereichern. Sie können wachsen, betrügen und sind doch ehrenwerte Leute, weil sie Geld haben. Wer dieses erbunte Vermögen — aus anderer Leute Arbeit — erbt, der hat das Recht und die Macht, weiter auszubauen, auch wenn er keiner der Tüchtigsten ist. Und wenn er zufällig als Idiot zur Welt kommt, machen seine bezahlten Stellvertreter diese Ausbeutergeschäfte. Heute von den Tüchtigsten zu reden, da ein Sumpf von Verkommenheit unter den Tüchtigen“ sich aufstut (siehe Gemeinderat und Ihre Freunde), die das Volk Jahrhunderte lang geführt haben — wenn auch an der Nase — ist ein bishohen Viel. „Noch niemals“, ruft Dr. Engel aus, „ist es gelungen, den Sozialismus oder Kommunismus mit Erfolg in die Praxis umzusetzen.“

Gott sei Dank, möchte man fast sagen, daß endlich einer diese Weisheit feststellt. Aber Geduld, Herr Dr. Engel, was nicht ist, kann noch werden.

Dr. Engel untersieht sich, die rein bürgerliche Kriegswirtschaft dem Sozialismus zu unterschieben. Er sagt:

„Die Kriegswirtschaft, so notwendig sie unter dem Zwange der Kriegsverhältnisse war, ist eine einzige Anklage gegen eine sozialistische Gemeinwirtschaft. Ihre Wirkung war ein erschreckender Rückgang der Produktion, Untergründung des Arbeitsgefühls, Sichtung des Schiebertums, Belästigung des Publikums und Vergängung von Sachgütern.“

Herr Dr. Engel, wenn Sie sich mehr in ihrer näheren Umgebung umsehen, finden Sie heute noch die Wirkungen der kapitalistischen und Kriegsverhältnisse. Die Korruption in bürgerlichen Kreisen kann man loyalerweise nicht einem Wirtschaftssystem anhängen, das noch nicht da ist.

Wenn Dr. Engel einmal versuchen wollte, diese seine volkswirtschaftlichen Kenntnisse vor intelligenten Arbeitern vorzutragen, sie würden ihn einfach durch ein tosendes Gelächter entledigen. Unsere freigewerkschaftlichen Arbeiter fordern von Ihrem Referenten Rapsarbeit.

Die vom Kapitalismus ausgehenden nennt Dr. Engel „die von der Natur stiefmütterlich Bedachten“. Also, Vorsicht in der Auswahl der Eltern, d. h. wenn Dr. Engel nicht etwa sagen will, die Betreffenden seien geistig zu kurz gekommen. Dann würden wir allerdings behaupten, daß sehr viele mit irdischen Gütern gezeichnete Menschenänder ein geistiges Manko aufweisen können; selbst auf Fürstenthronen gab es solche „von der Natur stiefmütterlich Bedachte“.

Dann schweift Dr. Engel etwas hinüber in die hohe Politik und sagt:

„Die Eigenart seiner geographischen Lage . . . . . zwingt Deutschland zu außergewöhnlich starker Wehr.“

Wir brauchen eine starke Sanktionalgewalt. Dann hört man allerlei von deutscher Treue, den Grundprinzipien des germanischen Wesens. Da könnte man allerdings aus deutschen Fürstenhäusern eine recht interessante Ahngalerie aufmarschieren lassen; Leute, die den Verkauf der Landeskinder zum Geschäft machen, die vor Franzosenkaisern auf dem Bauch rutschten, die ihr Volk seige im Stiche ließen und die ihm in der größten Not das Brod nehmen wollen. (Siehe Fürstenabfindung!) Und wer kennt nicht die internationalen Unternehmertrusts, in denen deutsche und ausländische Unternehmer gemeinsam deutsche Arbeiter ausbeuten, auf die Straße werfen? Deutsche Unternehmer haben während der Ruhrbesetzung französisches Militär gegen deutsche Arbeiter zu Hilfe gerufen. Dr. Engel mag sich übrigens merken, daß es ein sozialistisches Parteiprogramm nicht gibt. Es besteht nämlich ein Unterschied zwischen den Begriffen Sozialismus und Sozialdemokratie.

Die sozialistische Bewegung, sagt Dr. Engel, habe unter dem Marxismus die Arbeiterschaft der Religion entfremdet. Weiß Dr. Engel nicht, daß die religiöse bürgerliche Ausklärung in einer Zeit fällt, da es einen Marxismus noch nicht gab? Weiß er nicht, daß mit der Verbreitung von Wissenschaft und Kunst auch das Volk zum Teil so gottlos“

### Die Einzeichnung in die Entzugungslisten zum Volksbegehr auf Enteignung der Fürsten-Vermögen findet in der Zeit vom 4. bis einschließlich 17. März statt.

wurde, wie die oberen Volkschichten? Wie schrieb Friedrich der Große am 24. März 1767 an Voltaire:

„Die Macht der Geistlichkeit gründet sich auf die Meinung und Leichtgläubigkeit der Völker. Man kann diese aus und der Zauber hat ein Ende.“

Wurde nicht unser Bismarck im Jahre 1872 das Jesuiten-gefecht geschaffen? Also bitte, Herr Dr. Engel, seien Sie bei ihresgleichen ein mit der Kritik. Übrigens hat die Sozialdemokratie nie die Religion bekämpft, sondern sie hat die Angriffe der Organisation Kirche (die Kirche ist etwas anderes als die Religion, Herr Dr. Engel) und deren Vertreter gebührend zurückgewiesen und den Herren gesagt, ihres geistlichen Amtes zu walten als Vertreter Jesu, Nächstenliebe zu üben, und nicht die Arbeiterschaft gegeneinander zu hetzen, wie das heute noch geschieht. (Siehe z. B. „Proletarier“ Nr. 2 vom 9. Januar 1926, auf Seite 8, den Zahlstellenbericht aus Hilfspunkt) Die Behauptung Dr. Engels, die Sozialdemokratie sei Gegner der Religion, beruht auf Unkenntnis. Oder nicht? Dann ist die Sache noch schlimmer für den Lehrer Engel.

Das Streben nach Selbständigkeit (wie im Mittelalter vom Gesellen zum Meister), sagt Dr. Engel, wird von der Sozialdemokratie gehemmt. Das ist eine Leistung von einem Volkswirtschaftslehrer. Vielleicht hat Dr. Engel schon etwas gehört von einem Kapitalismus, der unbekannte Konkurrenten einfach aushungert, wenn sie sich nicht unterwerfen. Vielleicht hat er schon etwas erfahren von Materialsperten, Konventionalstrafen, schwarzen Listen, von Massenhaftungsregelungen, von Anhungung tückiger, intelligenter Betriebsräte.

Die Marxisten, sagt Dr. Engel, wollen den ganzen Mehrwert den Arbeitern geben. Heilige Einheit! Wo haben Sie denn das gelesen, Herr Dr. Engel? Wollen Sie bitte dieses Werk angeben, aus dem dieser Witz stammt?

Auch das Kaffeeeklatsh-Märchen, der Sozialismus wolle die Familie zerstören, fragt der Lehrer Engel seinen Schülern vor. Wie soll denn die Zerstörung der Familie durch den Sozialismus vor sich gehen? Was denken Sie sich denn hierbei, Herr Doktor? Die Sozialdemokratie stellt lediglich fest, daß die „Arbeiter“ Familien zum Teil bereits zerstört sind durch den Kapitalismus, der Frau und Kind in die Fabrik treibt, weil der Lohn des Mannes, des Vaters, sehr oft nicht reicht zur Ernährung der Familie. Den kleinsten Kindern hat der Kapitalismus die Mutter, der Familie die Hausfrau genommen. Wer das nicht weiß, oder nicht sieht, oder nicht sagen darf, der soll sich nicht als Volkswirtschaftslehrer ausgeben.

Die sonstige Einstellung Dr. Engels ergibt sich aus folgendem: Dr. Engel beschäftigt sich mit manchen der bekannten

älteren sozialdemokratischen Führern, wie Bebel, Liebknecht usw. Es fällt ihm natürlich nicht ein, deren Religion zu betonen. Aber bei Marx und Lassalle hebt er deren Religionszugehörigkeit hervor; sie sind Juden, so stellt er fest. „Das läuft tiefsblicken!“ Trotzdem bringt er es fertig, der Sozialdemokratie Religionsfeindlichkeit zu unterschieben.

Schließlich fügt er zusammen und kommt zu dem Resultat: Wir brauchen Wirtschaftsfrieden. Anders gesagt: Geschichte, Entwicklung, übrigens alles außer dem heiligen Kapitalismus ist Unsinn, deshalb — werdet Werkvereinler, werdet Gelbel!

Wir halten trotzdem den praktischen Anschauungsunterricht, den die Unternehmer und ihre „Wissenschaftler“ der Arbeiterschaft täglich erteilen, für so durchdringend und die geistige Reife der Arbeiter für so gesund, daß sie (die Arbeiter) trotz der famosen volkswirtschaftlichen Lehren Doktor Engels nicht geistig verkrüppeln. Die eigentliche Propaganda für gelbe Werkvereine nimmt im Anschluß an Dr. Engel Dr. Erich Schmidt, der Vorsitzende des Reichsbundes deutscher Arbeiters und Werkvereine, in Angriff. Eine Woche lang gibt er sich Mühe, den Schülern so lange zuzureden, bis sie gelb werden. Wie aus verschiedenen Zuschriften seiner Schüler an uns hervorgeht, dürfte sein Erfolg gleich Null sein. Im nächsten und letzten Artikel werden wir uns mit Dr. Erich Schmidt beschäftigen.

### Aus der Industrie

#### Chemische Industrie

Manifesterverhandlungen für die Kali-Industrie.

Auf Beschuß einer Reichskonferenz für die Kali-Industrie wurde von den vertragsschließenden Arbeitnehmerorganisationen der Manifestervertrag und der Schiedspruch über die verlängerte Arbeitszeit zum 14. Februar d. J. gekündigt. Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband haben am 2. Februar d. J. stattgefunden. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wurden die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen. Der Arbeitgeberverband hat darauf das Reichsarbeitsministerium zur Schlichtung der Streitfrage angerufen. Vom Reichsarbeitsministerium wurden Verhandlungen für den 9. Februar angezeigt. Da auch hier beide Parteien auf ihrem Standpunkt beharrten und eine Einigung nicht zu erzielen war, füllte der Vorsitzende der Schlichtungskommission einen Schiedspruch. Nach diesem Spruch wird der Manifestervertrag für die Kali-Industrie vom 1. Juni 1922, ergänzt auf Grund des Schiedspruchs vom 17. Februar 1925, bis auf weiteres mit einer Reihe von Abänderungen verlängert.

Im § 1, Ziffer 1, Abs. 1 wird hinter „Sonderfabriken“ eingefügt: „. . . welche Kalizüsse oder Rückstände aus der Kalifabrikation verarbeiten.“

§ 3, Ziffer 7, Satz 1, erhält folgende Fassung:

„Die Arbeiter sollen in der Regel in ihrer Gruppe beschäftigt werden; sie sind jedoch, soweit es der Betrieb verlangt, gehalten, vorübergehend auch andere Arbeiten auszuführen, die ihnen von der Werksleitung übertragen werden.“

Ferner wird bestimmt:

Die im Schiedspruch vom 7. Januar 1924 festgelegte Regelung der Arbeitszeit wird über den 15. Februar hinaus mit der Maßgabe verlängert, daß vom 1. März 1926 an an Sonnabenden folgende Änderungen eintreten:

Für die Überfacharbeiter endet die um 6 Uhr beginnende Frühstück um 2½ Uhr nachmittags, die um 2½ Uhr beginnende Nachmittagschicht um 11 Uhr abends. In der Früh- und Nachmittagschicht ist je ½ Stunde Pause enthalten.

In durchgehenden Betrieben verbleibt die Regelung der Arbeitszeit wie bisher, jedoch ist die über acht Stunden hinausgehende Arbeitszeit mit dem tariflichen Überstundenzuschlag zu bezahlen.

Die Mehrarbeitsregelung und der Manifestervertrag gelten mindestens bis zum 31. Dezember 1926 und können von da an gemeinsam mit dreimonatiger Frist gekündigt werden.“

Der Schiedspruch ist gegen die Stimmen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite, also nur mit der Stimme des unparteiischen Vorsitzenden gefallen. Die Arbeitnehmer stimmen dagegen, weil durch den Schiedspruch eine Arbeitszeitverkürzung ausgeschlossen wurde. Die Arbeitnehmerseite stimmen dagegen, weil die Arbeitszeitverkürzung ihnen nicht weitgehend genug war. Nach Pressemeldungen hat der Arbeitgeberverband den Schiedspruch abgelehnt. Auf Grund dieser Tatsache haben die im Tarifvertrag beteiligten Organisationen dem Reichsarbeitsministerium gegenüber die Annahme des Schiedspruches erklärt und gleichzeitig die Verbindlichkeitserklärung desselben beantragt. wh.

7½ Millionen Mark Rohgewinn.

In der am 9. Februar 1926 abgehaltenen Ausschlagsitzung der Continental-Caoutchouc- und Guano-Percha-Compagnie in Hannover genehmigte der Ausschuss den von der Direktion vorgelegten Abchluß für das Jahr 1925.

Nach Vornahme der üblichen Abschreibungen und Rückstellungen und vorläufiger Bewertung der Inventarbestände und alter Aktiva verbleibt ein Rohgewinn von 7.672.759,54 Mk. Hierzu sollen weitere arbeitsgewöhnliche Rückstellungen auf Effekten und Beteiligungen und Debitoren in Höhe von 4.457.315,58 Mk. abgezogen werden, so daß ein Nettoertrag von 3.215.443,98 Mk. verbleibt.

Der am 30. März stattfindenden Generalversammlung soll hier von einer Dividende von 10 Prozent auf die Stammaktien vorgeschlagen werden.

Die Aktionäre brauchen nicht steuern zu gehen, die massenhaft einbezogene, unbezahlte Arbeitskraft enthebt sie dieser unangenehmen Beschäftigung.

### Unglücksfälle in der chemischen Industrie.

In der chemischen Fabrik von Kunihelin & Co. in Berlin-Möckernweide verunglückte am 11. Februar der Zimmermann Schmid. Beim Aufrichten eines sogenannten Stuhls (eine Säule zur Unterstützung) riss das Seil, an dem der Flaschenzug befestigt war, und der Stuhl stürzte mit dem Flaschenzug zu Boden. Schmid erlitt eine schwere Verletzung am Bein, so daß es am anderen Tage amputiert werden mußte. Der Verunglückte verlor zwei Tage nach dem Unglücksfall.

Der Unfall ist entstanden, weil die Kette des Flaschenzuges zu kurz war und der Verunglückte beim Hochziehen direkt unter der Last stehen mußte. Nach Aussagen von Fachleuten war auch das ein solcher Fall für diesen Zweck nicht geeignet.

In derselben Fabrik ereignete sich am 14. Februar, nach 3½ Uhr, ein weiterer Unfall.

Dem Arbeiter Keller wurden durch Schwefelsäure & Ammoniak beide Beine verbrüht. Beim Ablassen der Masse konnte der Arbeiter, nachdem die Klebe gelöst waren, die Klappe nicht mehr halten. Durch den inneren Druck des Kastens wurde die Klappe gewaltsam geöffnet, die heiße Masse, die u. a. 10 Prozent Schwefelsäure enthielt, ergoss sich über beide Beine des Unglückslichen.

Nach dieser Unfall hätte vermieden werden können, wenn rechtzeitig eine andere Vorrichtung zum Öffnen der Klappe angebracht worden wäre. Der Herr Direktor gibt natürlich die Schuld dem Arbeiter, der nach seiner Aussage beim Öffnen unachtsam gewesen sei. Die immer wieder vorkommenden Unglücksfälle in der Chemischen Industrie sollten u. E. die Aufsichtsbehörden veranlassen, eine strengere und gründlichere Kontrolle in den Betrieben der Chemischen Industrie vorzunehmen.

### Der Kampf der Petroleummärkte um die Marktbeherrschung.

Die bekannte Methode der Russen, ihre Gegner durch schamlosen Preiswettbewerb auf dem Felde zu schlagen, bis sie ihre Unabhängigkeit aufgeben oder verschwinden müssen, wurde häufig in Belgien in Anwendung gebracht, wie dies aus einem Bericht des Sekretärs der belgischen Petroleumkommission hervorgeht. Im Betrieb des Petroleum sind in Belgien fünf große ausländische Ölfirmen vertreten: Standard Oil, Shell, Anglo Petrol, Sinclair und Leras Co., denen eine einzige belgische Firma, die Petrofina, gegenübersteht, die über Tanks von 170 000 Tonnen Fassungsvermögen verfügt, während von ausländischen Trusten Tanks von 800 000 Tonnen zu Gebote stehen. Die Russen erzielten den Kampf im Jahre 1922, in dessen Verlauf die Preise von 1,40 Francs bis auf 0,70 gesenkt wurden. Als im Jahre 1923 ein gemeinsames Abkommen geschlossen wurde, stieg der Preis sofort wieder auf 1,40 und dann schnell wieder bis 2 Francs. Im folgenden Jahre begann der Kampf von neuem. Da die ausländischen Gesellschaften den Stützen zu den üblichen Kleinhandelspreisen nicht beliefern wollten und dieser zuletzt gewonnen war, kann man sie einkaufsen, griff er ein und regte die Preiserhöhung für den Mobilmachungsfall auf dem Verordnungswege. Selbstverständlich traten die Russen ein wenig unter den Gesteinspreisen und unterstützen ihre Erwerbspolitik durch eine systematische unentwegliche Verteilung ihrer Pumpe über das ganze Land gegen die Verpflichtung der ausschließlichen Belieferung auf zehn Jahre. Damit versuchten sie, den ganzen Kleinhandel zu monopolisieren.

### Papier-Industrie

#### Die Arbeitszeit in deutschen Papierfabriken.

Wir haben im "Proletarier" bereits darauf hingewiesen, daß die beiden Königsberger Zellstofffabriken von einem englischen Papierkonzern erworben worden sind und daß der Aufsichtsratsvorsitzende dieses Konzerns, als er die offiziellen Betriebe besichtigte, sich sehr aufmüppig äußerte, nicht nur über die außerordentlich niedrigen Löhne, sondern vor allem auch über die übermäßig lange Arbeitszeit in der deutschen Papiererzeugungs-Industrie. Diese Tatsache war für die deutschen Papiererzeugungs-Industriellen wenig schmeichelhaft und schenkt ihnen Veranlassung gegeben zu haben, einen ihrer englischen Freunde als Verfeindeter auf den Plan zu rufen. Jedenfalls weiß die "Papierzeitung" in ihrer Nr. 5, Jahrgang 1925, unter der Überschrift "Die Arbeitszeit in deutschen Papierfabriken" folgendes zu berichten:

"Wir brachten in Nr. 102/1925 Seite 384 einen Bericht über die Generalsammlung der Interess. Paper Co. Ltd., die am 28. November 1925 in Edinburgh stattfand. Der Vorsitzende dankte bei dieser Gelegenheit Angstige gegen die deutsche Papierindustrie. John Massey, ein bekannter Papierfabrikdirektor, wendete sich dagegen in einem offenen Brief, dessen Inhalt wir im weiteren nachstehend wiedergeben:

Die Verhältnisse in Deutschland können nicht mit den in unserem Lande vorliegenden Verhältnissen verglichen werden. Der Einfluß ist wegen seiner "fairness" geschwächt worden und unsere Firma wird nicht verbessert, wenn irreführende Angaben allgemein verbreitet werden.

Gegenwärtig arbeiten in der deutschen Papierindustrie von insgesamt 30 000 Arbeitnehmern nur ungefähr 7500 in Zweisitzern-Betrieb, der aber bald aufgehoben werden soll. 48 000 Arbeiter, also 60 %, arbeiten 45 Stunden, 11 000 Arbeiter, etwa 13,7 %, arbeiten 54 Stunden, 13 500 Arbeiter, etwa 17 %, arbeiten über 54 Stunden, 7500 Arbeiter, etwa 9,3 %, arbeiten im Zweischicht-Betrieb. Gegenwärtig ist mir in den chemischen Unternehmen der Zellstofffabriken alles.

Die strenge Arbeitszeit besteht in Ostpreußen, wo die tatsächliche Arbeitszeit 60 Stunden nicht übersteigen darf und ein Sonntagsabholung ist. Bei 56 Stunden überliegenden Arbeitsstunden bezahlt wird. Soweit Schichtarbeiter in zwei Schichten arbeiten, werden 80 Pf. für jede Arbeitsstunde pro Schicht bezahlt.

Es befinden in Deutschland mindestens ein verschiedene Gruppen, in denen die Löhne je nach den Ländereinheiten beträchtlich unterscheiden. Die Mehrzahl der Papierfabriken ist in Sachsen, wo die Löhne erheblich über dem Durchschnitt liegen.

Es werden auch mit dem Nachbarstaat betriebene Betriebsgruppen gefroren. Sie erhalten höhere Löhne, erfreuen darüber ein die Höhe des Arbeitnehmers bestimmt.

Die Schichtarbeiter bezahlen weniger als 8 Pfund Sterling Pf. pro Stunde für ihre Verdienste. Differenzial bezahlungen werden nach verschiedenen Seiten mit gleicher gewährt. Eine Regel von gelehrten Leuten erreicht durchschnittlich 1 Schilling pro Stunde.

Der Lohnsteuerzahler in Deutschland ist 155, gegenüber unserer Sitter von 175.

Einer der Gründe für die Regierungsschäfte in Deutschland war, Deutschland weiter auf die Höhe zu heben, damit es mehr einflussreiche Stellung einnehmen könnte. Heute liegt die Richtung für eine Zeit eingegangen. Doch nehmen die britischen Ausländer nach Deutschland weiter zu.

Im Brüderland ist der größte Arbeitgeber der englischen Papierfabrikdirektoren. Ja gegenwärtigen Satire gegen es aus, kann und dabei aus jetzt zu helfen, denn der Staat wird dann ein wichtiges Ziel und bestimmt sein, wenn die Russen ja Europa zu festen Territorien geworden sein werden.

So diesen Angaben des englischen Papierfabrikdirektors, der dieselben hochschreibt, wenn auch auf dem Wege der Vermittlung, durch den Arbeitgeberverbund der deutschen Papier-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie begangen hat, kommt es wie folgt:

„Schließlich erfordert uns die Zahl von 50 000 Arbeitnehmern in der deutschen Papiererzeugungs-Industrie als zu niedrig gegeben, da der Betriebsaufwand der Papiermacher-Betrie-

genossenschaft für das Jahr 1924 106 110 Verschäfte verzeichnet. Bei den angegebenen 50 000 Arbeitnehmern handelt es sich anscheinend nur um die bei Arbeitgeberverbandsfirmen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Gegen die projizierten Angaben über die Arbeitszeitregelung haben wir keine Einwendungen zu erheben, da sie mit unseren Erfahrungen fast übereinstimmen.

Besonders interessant ist aber die Behauptung, daß der Zwei-Schichten-Betrieb in Deutschland bald aufgehoben werden soll. Von einer solchen Maßnahme müßten wir als Tarifvertragskontrahenten doch mindestens Kenntnis erlangt haben. Wir würden uns freuen, wenn die deutschen Arbeitgeber in der Frage des Zwei- und Dreie-Schichten-Systems endlich zur Besinnung kommen würden und die durch Ihren englischen Vertrauensmann angekündigte Maßnahme Wahrheit werden ließen. Bei den Verhandlungen im Dezember 1925, die sowohl zwischen den Tarifvertragskontrahenten geführt wurden und weiterhin vor dem Reichsarbeitsministerium ihre Fortsetzung fanden und zum Abschluß gelangten, verlangten im Gegenteil die Unternehmer vollkommen freie Hand in der Einführung des Zwei-Schichten-Systems für den konkurrenzlos laufenden Betrieb und in der Einführung der 60ständigen Arbeitszeit

Industrie gewünschten Löhne überhaupt herangezogen werden. Geschicht legter, ob bleiben die deutschen Papierarbeiter Löhne auch weiterhin unter dem Durchschnitt.

Die von dem englischen Vertrauensmann der Papierfabrikanten angeführten Meipreise treffen höchstens für jenen Teil der Unternehmer zu, die sich im Besitz von Werkwohnungen befinden. Die gleichfalls angeführten besonderen Zugänge für verheiratete Leute sind derartig niedrig, daß ein englischer Papierarbeiter darauf verzichten und ein englischer Papierfabrikant sich sicher schämen würde, dieselben seinen Leuten anzubieten.

Die von dem englischen Vertrauensmann der deutschen Papierfabrikanten als Vergleich angeführten Indexzahlen zwischen Deutschland und England beweisen gar nichts. Sie wären nur beweiskräftig, wenn der deutsche Papierarbeiter schon vor dem Kriege in der Lage gewesen wäre, dieselbe Lebenshaltung wie sein englischer Kollege führen zu können. Hinzu kommt, daß die Indexberechnungen beider Staaten nicht auf der gleichen Grundlage beruhen. Dabei ist vor Mitarbeitern an der Feststellung des Reichsindexes für die Lebenshaltung erst vor einiger Zeit in einer öffentlichen Polemik festgestellt worden, daß die deutschen Arbeiter froh wären, wenn sie sich wirklich diese Lebensmittel mengen von ihrem verdienten Lohn kaufen könnten, die der Berechnung des Lebenshaltungs-Indexes zugrunde gelegt werden. In Wirklichkeit ist der deutsche Lebenshaltungs-Index nichts anderes als eine Richtigzahl, mit der der deutsche Arbeiter im praktischen Leben nichts anzfangen will. Diese Tatsache ist auch den deutschen Papiererzeugungs-Industriellen bekannt. Sie hätten deshalb besser gefaßt, ihrem englischen Vertrauensmann gegenüber sich auf die Indexzahlen nicht zu berufen, derselbe wäre dann wenigstens nicht in den Verdacht gekommen, daß er mit dem für die wirkliche Verteilung der Lebenshaltung des deutschen Arbeiters wirklich unbrauchbaren deutschen Indexzahl der englischen Öffentlichkeit einen Bluff vormacht.

Im großen und ganzen kann auch der englische Vertrauensmann der deutschen Papiererzeugungs-Industriellen nicht bestreiten, daß die deutsche Papiererzeugungs-Industrie die zweifelhafte Ehre besitzt, von allen in Frage kommenden Konkurrenzstaaten die längste Arbeitszeit zu besitzen und das unbestritten, nicht nur gemessen an der Lohnhöhe, sondern auch gemessen an den Lebensbedürfnissen und Lebenshaltungskosten die deutschen Papierarbeiter mit den niedrigsten Löhne in ganz Europa und Amerika verdienen.

An diesen Tatsachen ändern alle Berichtigungen nichts, am wenigsten aber die vergebliche Ehrenrettung der deutschen Papierfabrikanten durch ihren englischen Vertrauensmann.

G. Stähler.

#### Unfall mit Todesfolge.

Unser Kollege Werner war im Maschinenhaus der Papierfabrik Koch & Co. in Unterwaldmichelsbach 1. Od. beschäftigt. Er war beansprucht, ein Loch durch die Wand zu haben unmittelbar unter einem Dampfrohr. Dabei flog bei einer Rohrflanke die Packung heraus, und der herausströmende Dampf verbrannte dem Kollegen den Rücken derart, daß er nach 3 Tagen an den Folgen verstarb.

#### Ein Opfer der Arbeit.

Der Arbeiter Adam Deichert hat am 28. Januar d. J. in der Euler'schen Maschinen-Papierfabrik, A.-G., in Bensheim infolge eines Unfalls sein noch junges Leben lassen müssen. Zwölf Stunden hat dieser Bruder mit seinen Mitarbeitern Tag für Tag geschuftet. Und wenn diese fleißigen Arbeitshelden so zwölf Stunden am Tag oder 72 oder 84 oder gar 96 Stunden pro Woche arbeiten dürfen, so haben sie nach der Arbeitszeitverordnung immer noch nicht ungesehlich gehandelt, auch die Firma nicht, denn sonst hätte sicherlich die hessische Gewerbe-Inspektion in Darmstadt, die doch schon des öfteren dem Musterbetrieb der Firma Euler einen Besuch abstotete, sich zur Sache geführt. Daß der Arbeiter Adam Deichert infolge Überlasts in die Papiermaschine geriet und dabei so tödlich gedrückt wurde, daß sie die Gewerbe-Inspektion ebenso wenig wie der Schlichter von Hessen, Herr Dr. Bernheim, der den Papierfabrik wiederholt nicht für verbindlich erklärt hat und die Arbeitsschafft veranlaßt, sich abzufinden mit kargem Lohn neben der Jagd nach Rentnergeld. Man kann doch der Firma nicht zumutet, daß sie ihre Leute nach Tarif bezahlt. Hoffentlich hat jetzt die Gewerbe-Inspektion auf einen Antrag der Arbeiter vom 2. Dezember 1925 bei der Staatsanwaltschaft wegen Übertretung der Arbeitszeitverordnung Strafantrag gestellt. Damals hatten die Arbeiter durch ihre Organisation der hessischen Gewerbe-Inspektion folgende Mitteilung zugehen lassen:

Jitka 38 Arbeiter wurden von Sonnabend, den 14. und Sonntag, den 15. November 1925, gezwungen, von abends 6 Uhr bis Sonntag morgen 8 Uhr, also 14 Stunden, ununterbrochen zu arbeiten. Ein Teil von diesen Arbeitern wurde weiter gezwungen, die Zeit von 6 bis 11 und 12 Uhr, also anschließend an die 14ständige Arbeitszeit, weiterzuarbeiten. Diese Arbeitszeit ist entsprechend dem Arbeitszeitgesetz nicht zulässig, und wir ersuchen deshalb die Verbandsleitung, die Aufsichtsbehörde von diesem zu verhindern.

Aus 14, 17 und 18 Stunden müßten die Papierarbeiter ununterbrochen arbeiten. Der Staatsanwaltshof will wir bei der Anklage des Schuldigen etwas behilflich sein und wir sagen, daß an der fraglichen Maschine kurz vor dem Unfall die Schutzvorrichtung unfehlbar mangelhaft war, damit die Produktion nicht unterbrochen wird. Nach dem Unfall wurde dieses den Prost schädigende Schutzmittel in besserer Ausstattung angebracht. Außerdem möchten wir die Staatsanwaltshof erläutern, an Hand des Arbeitszeitgesetzes zu untersuchen, obwohl übermäßig lange und — was der Hauptpunkt an der Sache ist — unzulässige Arbeitszeit in diesem Fall Deichert beigebracht hat. Wir richten an die hessische Gewerbe-Inspektion hier vor aller Öffentlichkeit die Frage, ob die Firma Euler in Bensheim die Zustimmung der Gewerbe-Inspektion zu der zwölfsständigen Arbeitszeit pro Tag oder zur 72- oder 84- oder 96ständigen Arbeitszeit pro Woche erhalten hat, und, wenn ja, von welcher Behörde die Zustimmung erfolgt ist. Wir fragen weiter an, ob gegen die Firma Euler auf Grund des Antrages vom 2. Dezember 1925 ein Strafantrag gestellt worden ist.

#### Industrie der Steine und Edeln.

##### Arbeitsgericht oder Amtsgericht?

In der gegenwärtigen Zeit wird andauernd die Frage diskutiert, ob man eigene Arbeitsgerichte schaffen oder diese in die Amtsgerichte eingliedern soll. Während sowohl die Behörden wie auch die Arbeitgeber die Eingliederung der Arbeitsgerichte in die Amtsgerichte befürworten, protestieren wir dagegen, und das mit gutem Recht. Daß bei den Amtsgerichten nicht immer das normale Gerichtsrecht für die Arbeitsschafft vorhanden ist, beweist ein erst kürzlich gefalltes Urteil des Amtsgerichts Augsburg.

Ein Ziegelarbeiter hat den Ziegelerbeiter Schweizer in Göppingen wegen Nichtbezahlung des tatsächlichen Stundenlohnes



verloren. Kompromiss des Kartellvertrags bei Zusammenschluss für alle zulässig. Ziegelindustrie erlaubt es nun auch der S. der Unternehmertreue vom 1. Dezember 1918 noch zu Nutzen bestehet. wurde die Ziegel abgesetzt.

In der Begründung waren unter anderem angeführt:

Noch der berichtigende Ansicht der sich auch das Gericht einstiegt, ist ein Vertrag auf fiktive Lohnsätze politisch und rechtlich nicht aber auf künftige. Ein Arbeitnehmer, der sich mit unternehmerischer Bezahlung einerseitens erlaubt hat, kann keine Nachzahlung des vollen Lohnlohnes verlangen, sondern hat den Kartellvertrag nur für kommende Lohnzahlungen. Ein stillschweigender Vertrag auf die volle Lohnbezahlung liegt in der vorbehaltlosen Annahme untertariflichen Lohnes, trotz Kenntnis einer bestehenden vorstlichen Regelung.

Es ist nicht richtig, daß der Arbeiter keinen Widerspruch erheben hat, denn der Arbeitgeber hat auch zeitweilig einen höheren Lohn bezahlt (60 Pf. statt 50 Pf.). Das Gericht berief sich, oder auch darauf, daß der Arbeiter mit dem Arbeitgeber eine Vereinbarung unter dem Tarif getroffen hätte. Es beachtet aber nicht, daß gerade der Arbeitgeber diese Vereinbarung gebrochen hat dadurch, daß er den betreffenden Arbeiter ohne Grund entließ, trotzdem verständbar war, daß der Arbeiter den ganzen Winter über beschäftigt wird. Dieser wichtige Punkt wird in der Urteilsbegründung gar nicht erwähnt.

Die Abgeltungsumme betrug 215,21 Mark. Also mußte der Arbeiter in zwei Monaten dem Arbeitgeber mehr als 215 Mark schenken. Was schenken nun die Ziegelerbeiter, die das ganze Jahr unter Tarif arbeiten, ihren Arbeitgebern? Pfennigweise sparen sie an den Verbandsbeiträgen und hunderte von Mark schenken sie den Ziegelerbeitern. Und sind die Ziegelseine deswegen vielleicht billiger?

Dieses Urteil hat wieder bewiesen, daß man sich auf die vorstliche Ansicht der Gerichte nicht verlassen kann, daß nur durch den Zusammenschluß sämtlicher Ziegelerbeiter die Arbeitnehmer zu ihrem Recht kommen kann. Über auch der Beweis ist jedoch, daß man sich auf Versprechungen der Arbeitgeber nicht verlassen darf. Hier hatte der Arbeiter das Versprechen, eine bauernde Arbeit auch den Winter hindurch zu haben, und durch dieses Versprechen ließ er sich verleiten, notgedrungen unter dem Tarif zu arbeiten. Dennoch hat ihn der Arbeitgeber ohne Grund auf die Straße geworfen. Ein Betriebsrat besteht in dem Werk des Herrn Schweiger auch nicht, und somit kann der Arbeiter auch keinen Entlassungsentspruch erheben.

Dortum, die Ziegelerbeiter, schließen sich zusammen in dem Verbund der Fabrikarbeiter Deutschlands, dann wird nicht mehr die bestehende Ansicht, sondern die Stärke der Organisation aufweisen.

### Konzentration in der Ziegel-Industrie! — Zersplitterung der Ziegler!

Die Syndikatsbildung in der Ziegel-Industrie zeigt erhebliche Fortschritte. Besonders Rheinland-Westfalen ist auf diesem Gebiet stark tätig. Den Bemühungen des Verbandes rheinisch-westfälischer Ziegeleibesitzer ist es nach monatelangen Verhandlungen gelungen, die Bodenauer Ziegeleien in eine Verkaufsovereinigung zusammenzufassen. Damit steht die beträchtliche Syndikatsbewegung vor dem Abschluß. Die Verhandlungen über den Zusammenschluß der zur Zeit vorhandenen 16 Ziegel-Verkaufsovereinigungen zu einem rheinisch-westfälischen Ziegel-Syndikat sollen in Kürze aufgenommen werden.

Diese Syndikatsbildung in Rheinland-Westfalen wird ein mächtiger Ansporn für die gesamte deutsche Ziegel-Industrie sein, um auch in allen anderen Bezirken Deutschlands die schon lang gehegten Bestrebungen, Bezirkshandikate zu bilden, zur Verwirklichung zu bringen. Die Eröfnung des Ganzen: Zusammenfassung der Bezirkshandikate zu einem alles umfassenden deutschen Ziegel-Syndikat, wird dann nicht lange auf sich warten lassen.

Volkswirtschaftlich wird diese Konzentration keinen Gewinn darstellen. Die große Zahl der Kleinstbetriebe, die überwiegend noch Saisonbetriebe sind, die ungenügend technische Entwicklung und die vielfach rückständige Betriebsform lassen es nicht zu, daß bei der Syndikatsbildung gemeinschaftliche Vorteile in den Vordergrund treten. Unter den obwaltenden Umständen stellt diese Syndikatsbildung lediglich eine verstärkte Interessenvertretung dar, die geeignet ist, dem Bannmarkt zur Gefahr zu werden.

Erhöhtes Interesse an der Syndikatsbildung dürfen die Ziegler haben, da letzten Endes dieses Gebilde dazu benutzt werden soll, den Aufstieg der Ziegler zu verhindern und Lohn- und Arbeitsbedingungen herabzudrücken. Die Bestrebungen der Ziegeleibesitzer sind hierin so offenkundig, daß alle Kräfte notwendig sind, um die Unternehmerschaft in den Schranken zu halten.

Die Ironie des Schicksals will es, daß gerade zu der Zeit, wo die Unternehmer der Ziegel-Industrie dazu übergehen, ihre Kraft zu stützen, ihre Interessenvertretung auszubauen und vollkommener zu gestalten, wo alle Ziegeleibesitzer ein einheitliches Ziel und gleiche Richtung verfolgen, daß gerade in der Zeit, wo der Zusammenschluß aller Ziegler am notwendigsten wäre, die Zieglerfamilie sich erneut zerstört und damit die Kräfte der Unternehmer noch weiter stärkt und sich selbst schwächt.

Wie wir bereits in Nr. 5 des „Proletariers“ berichtet haben, sind die bisherigen Leiter des Christlichen Gewerkvereins Deutscher Ziegler wegen Verbandschädigung ihres Postens entthoben worden. Diese Maßnahme hat nur dazu geführt, daß beide Ausgeschlossenen, G. Bielemeier und C. Pottkast einen neuen Verband gründeten und lebhaft Propaganda dafür treiben, daß die bisher im Christlichen Gewerkverein deutscher Ziegler organisierten Ziegler sich dem neuen Verband anschließen. Mit welchen Mitteln diese Propaganda getrieben wird, dürfte die nächste Zukunft lehren. Jedenfalls werden die Unternehmer ihre helle Freude daran haben.

Die freorganisierten Ziegler wird der häusliche Streit der Christlichen wenig interessieren. Es ist ihnen herzlich gleichgültig, ob der Sitz des Christlichen Gewerkvereins sich in Lippe oder in Berlin befindet, ebenso haben es die christlichen Ziegler unter sich anzunehmen, ob sie berechtigt sind, Arbeitslosenunterstützung zu beanspruchen oder nicht. Unsere Kollegen wissen, was sie zu bekommen und zu verlangen haben, und kann es Streit darüber nicht geben. Was alle Ziegler interessieren muß, ist die Frage: Warum können die Ziegler sich nicht ebenso konzentrieren wie die Unternehmer? Ist eine Konzentration schon den Unternehmern nützlich, dann ist sie für die Ziegler zwingend. Die wirtschaftliche Lage der Ziegler ist doch erstaunlich schlecht zu nennen gegenüber der des Unternehmers. Dennoch verschlendern die Ziegler ihre organisatorische Kraft durch Schaffung aller möglichen Verbändchen, die als Spalteteile

keine Kraft entfalten können, um nachhaltig die Interessen des Ziegler zu wahren. Waren Wirtschaftsfragen wirklich Richtungsfragen, dann würde im Unternehmertarif bestimmt keine solche einheitliche Bewegung entstehen können, wie die Ziegel-Industrie sie jetzt aufweist. Niemals könnten wohl mehr Richtungen, politischer und religiöser Art, vorhanden sein, als im Unternehmertarif. Dort aber kennt man den Ursprung der Zersplitterung nicht und die Folge ist, daß man in diesen Kreisen es viel besser verstanden hat, die jeweilige Lage auszunehmen, als sich der Ziegler ahnen läßt. Gerade der gegenwärtige Zeitpunkt, wo ein Teil des Christlichen Gewerkvereins dazu übergegangen ist, unter Führung von Bielemeier einen neuen Ziegler-Verband zu gründen, wird man in allen Tonarten zu hören bekommen, daß die Ziegler sich unbedingt zerstreuen müssen, um ihren Berufsstand und ihre Berufsschule zu wahren. Eine andere Melodie ist die, daß der Ziegler auf seine politische und religiöse Auffassung doch Gewicht legen muß und demgemäß mit Andersdenkenden nicht in einer Organisation sein darf. Man hat also alle möglichen Gründe, um die Zieglerfamilie zu zerreißen und damit zu schwächen.

Wie lange wollen sich die Ziegler das gefallen lassen? Wahrscheinlich, es sollte höchste Zeit sein, mit aller Sonderbündel, mit allen Splitterorganisationen Schluß zu machen. Mehr als 50 000 Ziegler sind im freien Fabrikarbeiterverband organisiert. Ohne ihre politischen Auffassungen preiszugeben, ohne ihre religiöse Überzeugung dabei leiden zu lassen, haben diese Tausende sich zusammengeschlossen, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern und zu heben. Der Erfolg ist auch nicht ausgeschlossen, und wenn heute die Unternehmer Sturm laufen, um die Zieglerfamilie wieder in das alte Hörigkeitsverhältnis zurückzuwerfen, so sind es die 50 000 freiorganisierten Ziegler, die hier das stärkste Bollwerk bilden. Soll dieses Bollwerk keinerlei schwache Stellen zeigen, müßte jeder Ziegler sich dem Verband der Fabrikarbeiter anschließen.

Daß die Unternehmer es überhaupt wagen, gegen die Zieglerfamilie anzutreten, sie zu schmälen und zu beschneiden, liegt nur darin begründet, daß die Ziegler nicht einig sind. Diese Sonder- und Splitterorganisationen sind der schlimmste Feind der Ziegler, sind nur dazu da, die Zahl der Drückeberger zu vergrößern und deren Unvernunft zu stärken. Die Erfahrung lehrt, daß die größte Zahl der Drückeberger die Ausrede gebrauchen, sie sind im Christlichen, im Hirsch-Dunkerschen, oder sonstwie in einem Verbande organisiert. Und geht man diesem Gerede dann nach, dann ist es ettel Flunkerei. So dürfen die Dinge nicht weiterlaufen, dazu sind die Zeiten zu ernst und steht auch zu viel auf dem Spiele. Das Frühjahr wird uns schwere Kämpfe und harte Auseinandersetzungen mit den Unternehmern bringen. Da heißt es alle Kraft anstrengen, da muß jeder seinen Mann stehen. Der geschlossene Unternehmer ist schließlich eine einheitlich organisierte, geschlossene Zieglerfamilie gegen überstehen. Dieses Ziel zu erreichen, sollte Aufgabe aller Ziegler sein unter dem Leitmotto:

Hört mit jeder Sonderbündel!  
Hört mit jeder Splitterorganisation!  
Hinein in den freien Fabrikarbeiterverband!

Der auf derselben Grundlage konnte in großem Umfang noch nicht zustande kommen, weil die städtischen Industriearbeiter des Saarstaates einen umfassenden Weizen-Pool energischen Widerstand entgegengesetzt hätten.

### Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

#### Bürgerliche Presse und Arbeiterschutz.

Am 28. Januar verunglückte unser Kollege Deichert in der Papierfabrik Euler in Bensheim bei Darmstadt tödlich. Der Darmstädter „Allgemeine Angeklagte“ vom 31. Januar 1926 hat zu diesem Unfall folgende Notiz verbrochen:

Bensheim, den 28. Januar. Tragisches Ableben. Trotz aller Warnungen, die Hände von Maschinen wegzulassen, die sich im Gang befinden, hat hier heute ein gewisser Leichsfilm und wohl auch Arbeitsschäfer zu einem entsetzlichen Unglück geführt. Der in der Papierwarenfabrik von Euler beschäftigte Hilfsarbeiter Deichert wurde an einer großen Papiermaschine abgerissenes Papier wieder eingesogen. Er kam aber zu nahe an die Krochenwalzen, seine Hände wurden erfaßt und der Unglücksfall so — Arme, Brust und Kopf — auf grausame Art zwischen die Walzen gezogen und zerquetscht. Der Vorfall wurde zwar gleich bemerkt und die Maschine angehalten, es war aber schon zu spät.

Wenn alle Arbeiter so sechshändig bei ihrer Arbeit verfahren würden, wie die Redaktion des Darmstädter täglichen „Angeklagten“ mit dem Federhalter, dann gäbe es innerhalb einer Woche in Deutschland keinen lebenden Arbeiter mehr. So traurig die Sache an sich ist, so lächerlich wirkt der hier den Arbeitern gegebene Rat, die Hände von der laufenden Maschine zu lassen. Freilich, wer in der Lage ist, die Hände von der Arbeit zu lassen, der kann wohl klug sein sollende Reden halten, aber sonst kann er nichts.

### Gewirtschaftliche Nachrichten.

#### Datum: Ausschneiden! Aufheben!

In einigen Teilen Süddeutschlands heißt es im Volksmund: Wenn die Ziege nicht weiß, was sie tun soll, geht sie kaputt. Dieser Satz läßt sich auf die KPD angewandt, so ausdrücken: Wenn die KPD nicht weiß, was sie tun soll, dann stellt sie die Frage: Was gedenkt der ADGB zu tun? Wir wollen damit sagen, daß die KPD vorwiegend von der Heze gegen den ADGB und gegen die Gewerkschaftsführer lebt. Gegenwärtig vermischt die KPD beim ADGB, überhaupt bei den Gewerkschaften, eine energische Kampfesstimmung. Um diesem unhaltbaren Zustand abzuhelfen, hat sich die KPD entschlossen, etwas zu tun. „Der kommunistische Gewerkschafter“ Nr. 2 (Februar 1926) teilt hierzu mit:

Mit den hier vorgezeichneten Verhältnissen hat sich das ZK, Abteilung Gewerkschaften, gründlich beschäftigt und nimmt dazu nachfolgende Stellung ein:

Die Einstellung faßt sämtlicher Gewerkschaftsleistungen, wonach nur bei guter Konjunktur gewerkschaftliche Kämpfe geführt werden können, aber in Zeiten der Krise vermieden werden müssen, muß energisch bekämpft werden. Im Gegenteil, gerade in der heutigen, die gesamte Arbeiterklasse auf schärfste bedrohenden Krise, müssen alle Macht- und Propagandamittel der Gewerkschaften eingesetzt werden zum Kampf gegen kapitalistische Monarchie, Kampf gegen die mörderischen Auswirkungen der Krise. —

Alle Genossen sind verpflichtet, dieses gewerkschaftliche Kampfprogramm für die Gegenwart als Grundlage ihrer Tätigkeit in Gewerkschaften und Betrieben zu nehmen und dementsprechende Anträge zu stellen, Vorschläge zu machen usw. Datum: Diesen Artikel ausschneiden! Aufbewahren!

Das ist die ganze Fähigkeit der KPD, die Krisenscheinungen zu mildern. Ausschneiden und aufbewahren! Hier zeigt sich die ganze Engstirigkeit dieser Leute. Oder nicht? Da sieht irgend ein Jungling — mag er Iwan oder so ähnlich heißen — in der Redaktion des Kommunistischen Gewerkschaftlers und verzapft dahneblichen Unsinne. Selbst Jahren haben diese Menschen ohne Verantwortung Gewerkschaften gegründet, sie auf den Hund gebracht, die freien Gewerkschaften zum Teil zerstört, und heute beginnen sie in der widerwärtigsten Art gegen die Gewerkschaftsleistungen. Diese Burschen reden den Arbeitslosen ein, der ADGB könnte die Krisensolgen beseitigen, immer zu dem Zweck, Heze gegen die Gewerkschaftsleistungen auszulösen, zu Katastrophen zu treiben, Pusche zu machen, und — die Diktatur Iwans ist da. Für diese Kommunisten ist es werden die Arbeitslosen und die gläubigen Gewerkschaftsmitglieder missbraucht. Unterschaffen kann der Russenjüngling, der die Fäden zieht, neuen Unruhe aus, weil er unfähig ist, der Arbeiterschaft einen guten Rat zu geben.

Datum: Ausschneiden! Aufbewahren! Selbstverständlich zum Zweck der Heze gegen die Gewerkschaftsleistungen.

### Berichte aus den Zahlstellen.

**Ludwigshafen.** Sein Schriftführer jubilium beging am 28. Februar 1926 unser Kollege Georg Götz, zweiter Bevollmächtigter der Zahlstelle Ludwigshafen. Er übt an diesem Tage 25 Jahre, also seit 1901, das Amt des Schriftführers im Gauvorstand aus. Nach Verlegung des Gauausschusses von Mannheim nach Ludwigshafen wurde er als Schriftführer gewählt und hat diesen Posten ununterbrochen bis zum heutigen Tage inne. Er hat ein Stück Geschichte der Organisation innerhalb unseres Gaus in seinen Protokollschriften niedergelegt. Sieht man dort nach, so findet man viele Mitarbeiter und Verbandskollegen, die teilweise schon längst der grüne Raute deckt, andere wieder, die heute ihren Wirkungskreis innerhalb der Organisation verlegt haben. Ihm ist die Zeit noch bekannt, wo die Gauarbeit ehrenamtlich geleistet wurde und dem Schriftführer neben dem Vorsitzenden ein ganz erheblicher Teil der Gesamtarbeit zufiel. Erst Anfang 1905 wurde Kollege Prüss als besoldeter Gauleiter angestellt, den dann 1911 Kollege Schreiber ablöste. Im März 1906 wurde Götz als erster Angestellter der Zahlstelle Ludwigshafen, deren Mitglied er seit 10. 4. 1898 ist, gewählt. In freier Pflichtversammlung war er stets auf seinem Posten, auch in der schwersten Zeit. Unseren jungen Mitgliedern ist der Kollege Götz ein lehrreiches Beispiel treuer Pflichterfüllung. Möge es den

### Nahrungsmittel-Industrie

#### Ein Butter-Pool in Australien.

Unter den neuen Versuchen zur organisierten Verwertung der landwirtschaftlichen Produkte verdient das jüngst in Australien geprägte Butterkartell (Pool) besondere Beachtung. Am 1. Januar dieses Jahres trat das sogenannte Patterson-System in Kraft, demzufolge auf jedes in Australien hergestellte Pfund Butter eine Zolle von 13 Pence erhoben wird, während bei der Ausfuhr pro Pfund Butter 3 Pence vergütet werden. Die Farmer wollen sich auf diese Weise die Vorteile sichern, die die Industrie durch die Schwäche genutzt. Die Preise im Inland werden hochgehalten, die Ausfuhr dagegen durch Exportverreglung erleichtert. Voraussetzung des Systems ist offensichtlich ein höherer Butterzoll, um fremde Güter abzuhalten — dieser ist in der Tat vorhanden und beträgt 3 Pence pro Pfund —, außerdem aber der Zusammenschluß des großen Teiles des Buttererzeugers. Ein solcher Zusammenschluß besteht seit Jahren bei den Erzeugern von getrockneten Früchten. Ein Welt-

